

Maßnahmenpaket gegen Illegale

Mit einem Sieben-Punkte-Paket will das Innenministerium effizienter gegen Fremde vorgehen, die sich illegal in Österreich aufhalten.

Im Jahr 2010 wurden 16.737 Fremde aufgegriffen, die sich unrechtmäßig in Österreich aufhielten. Im ersten Halbjahr 2011 waren es 9.727 Personen. Es handelte sich um Fremde, die während des Asylverfahrens untergetaucht waren, trotz negativen Asylbescheids das Land nicht verlassen hatten, illegal eingereist waren oder nach einem abgelaufenen Aufenthaltstitel oder Visum in Österreich geblieben waren. „Für uns ist es ganz klar: Wir müssen die Illegalität bekämpfen, denn Illegalität ist ein guter Nährboden für Kriminalität“, sagte Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner am 12. August 2011 bei der Vorstellung eines Sieben-Punkte-Pakets zur Verhinderung des Abtauchens von Fremden in die Illegalität.

Es gibt keine verlässlichen Schätzungen darüber, wie viele Fremde sich in Österreich illegal aufhalten. Es können nur Teilbereiche erfasst werden. So tauchten etwa im Jahr 2010 rund 3.000 Asylwerber noch während des Asylverfahrens unter. Dazu kommen Fremde, die einen negativen Asylbescheid erhalten haben und das Land trotzdem nicht verlassen, sowie jene, die sich dem fremdenpolizeilichen Verfahren entziehen, indem sie untertauchen.

„Ich habe daher ein Maßnahmenpaket ausarbeiten lassen, mit dessen Hilfe das Untertauchen in die Illegalität erschwert wird und bereits untergetauchte und damit illegal im Land aufhältige Personen schneller als bisher auffindig gemacht werden“, betonte die Innenministerin.

Das Maßnahmenpaket sieht sieben Punkte vor:

- **Anwesenheitsverpflichtung für Asylwerber** von fünf bis maximal sieben Tagen in den Erstaufnahmestellen. Die rechtliche Grundlage dafür ist vor Kurzem in Kraft getreten.
- **Umsetzung des Konzepts „Fremdenpolizei Neu“**: In jedem Landespolizeikommando wird eine eigene Fremdenpolizeiabteilung eingerichtet, in der



Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner: Sieben-Punkte-Paket gegen Illegale.

speziell ausgebildete Polizistinnen und Polizisten arbeiten. Unter anderem werden die Kontrollen an Brennpunkten intensiviert – und zwar in den Grenzbereichen, an Hauptverkehrsrouten, auf Baustellen, im Gastgewerbe (vor allem im Rotlichtbereich) sowie in den größeren Städten, in denen das Untertauchen leichter möglich ist als am Land.

- **Verstärkte Auflagen**: Bei Anzeichen für ein mögliches Untertauchen sollen die Auflagen für Fremde verstärkt werden, etwa durch das Hinterlegen von Dokumenten oder Geldbeträgen, durch regelmäßige Meldung bei der Polizei bis hin zur Verhängung der Schubhaft.

- **Intensivierung der Fahndung**: Die Mittel reichen von der raschen Ausschreibung eines zur Festnahme ausgeschriebenen Fremden im polizeilichen Fahndungssystem bis hin zur Analyse sozialer Netzwerke wie Facebook, um den möglichen Aufenthaltsort zu finden.

- **Verstärkte Nutzung des Zentralen Melderegisters (ZMR)**: Es kommt immer wieder vor, dass sich illegal Aufhältige am Wohnort anmelden, weil sie vom Vermieter dazu aufgefordert werden, oder weil die Anmeldung für den Schulbesuch notwendig ist. Die Personendaten von Fremden, die während

des Asyl- oder fremdenpolizeilichen Verfahrens in die Illegalität abgetaucht sind, werden deshalb künftig im ZMR hinterlegt.

- **Fortführung der Sonderkommission Ost**: Bei den Einsätzen der Soko Ost werden immer wieder Illegale aufgegriffen. Daher wird im Rahmen der Soko eine „Task Force“ gegen Illegale eingerichtet, um Schleppernetzwerke wirksamer bekämpfen und „Bunkerwohnungen“ sowie die Verbindungen der Schlepper in das Ausland aufdecken zu können. „Daneben sollen die Informationen der Task Force die gezielte polizeiliche Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen im Straßen- und Schienennetz für die 1.350 AGM-Fahnder national ermöglichen“, betonte die Innenministerin. „Die Schlepper werden

immer schneller, flexibler und wendiger und wechseln ihre Routen immer rascher. Daher muss auch die Polizei immer schneller, flexibler und wendiger, aber vor allem auch international vernetzt agieren.“

- **Zusammenarbeit auf internationaler Ebene**: Hier ist dem Innenressort vor allem die Partnerschaft mit Deutschland, Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei wichtig. Innenministerin Mikl-Leitner traf sich in diesem Zusammenhang im August 2011 mit dem bayrischen Staatsminister des Innern Dr. Joachim Hermann und dem ungarischen Innenminister Dr. Sandor Pintér zu Arbeitsgesprächen.

Fremde Tatverdächtige. Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Herbert Anderl wies darauf hin, dass es in einzelnen Deliktsbereichen einen hohen Anteil an ausländischen Tatverdächtigen gebe. Im ersten Halbjahr 2010 wurden von der Polizei 1.109 fremde Tatverdächtige registriert, im ersten Halbjahr 2011 waren es 1.778. Das entspricht einem Anstieg um 60 Prozent. „Wir werden auch die Zusammenarbeit mit der Finanzpolizei intensivieren, da viele Illegale als Schwarzarbeiter beschäftigt werden“, sagte Anderl.